Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Österreich

Bundesheer modern

Ein Pilotprojekt des Bundesheers soll dafür sorgen, dass militärische Qualifikationen und erworbene Kompetenzen ins Zivile übersetzt und (international) standardisiert verstanden werden können. Es geht darum, dass die österreichische Miliz einer potenziellen Arbeitgeberin einfacher und einheitlicher aufzeigen kann, welche Fähigkeiten bestehen, so der Milizbeauftragte des Bundesheeres Generalmajor Erwin Hameseder. Die Bandbreite: Vom Soldaten über den Kommandanten bis hin zu Experten wird der zivile Nutzen belegt, abgeleitet von den bestehenden

Zuversichtlich: Brieger (links) und Tanner. Bild: Bundesheer

Ausbildungsvorgaben. Laut Verteidigungsministerin Tanner geht es dabei darum, dass Bürger in Uniform nicht nur zur Sicherheit des Landes beitragen, sondern auch in ihren Unternehmen einen Mehrwert schaffen sollen. Damit soll die Akzeptanz der Miliz gesteigert werden. Dieser Schritt geht mit einer generellen Verschlankung des Bundesheers einher. Verteidigungsministerium und Heeresführung werden umstrukturiert und die Verwaltung von der militärischen Führung getrennt. Personal wird abgebaut und der Generalstabschef erhält eine Doppelrolle, ist neu Teil des Ministeriums und gleichzeitig Generaldirektor für Landesverteidigung. Alle Führungsposten oberer Stufe werden neu ausgeschrieben. Die Umstrukturierung begann am 1. Juli und dauert bis April 2022. Diesmal soll es klappen, gibt Tanner zu Protokoll. Denn die vergangenen Reformen seien nie zu Ende gebracht worden und besonders die «Wurzel des Problems», die «Kopflastigkeit» sei nie beseitigt worden. Deshalb werden Redundanzen eliminiert und die gesamte Führungsstruktur näher zur Truppe gebracht, erklärt Generalstabschef Robert Brieger. Dieser ist für die Umsetzung verantwortlich, bevor er im Mai 2022 in den Militärausschuss der EU nach Brüssel versetzt wird. Sein Ziel, jede Aufgabe soll nur einmal wahrgenommen und als Prozess niedergeschrieben «oder auf einer Operationsebene gemanagt» werden, denn nur so könne das «Führungsverfahren dynamisiert werden».

Sahelzone

Wie weiter?

Im Mai beschloss Frankreich den Rückzug aus Mali. Damit schaffte Präsident Macron ein fait accompli. Es gab mehr Fragen als Antworten. West- und zentralafrikanische Staaten sagten, ihre Streitkräfte verfügen nicht über genügend Mittel, auch über nur wenig geeignetes Material. Es ging um nichts anderes als den Kampf gegen einen zusehend erstarkenden Islamismus. Ob Biden Soldaten entsendet, um dort weiterzumachen, wo die USA im Irak, Syrien und Afghanistan aufgehört haben, war fraglich. Wer also die Kräfte der Operation Barkhane ersetzen sollte blieb ungeklärt. Macron spielte den Ball der EU zu und wollte die internationale Gemeinschaft stärker in die Pflicht nehmen. Nur einen Monat später: Kehrtwende. «Nach Konsultationen mit den malischen Übergangsbehörden und den Ländern der Region hat Frankreich beschlossen, die gemeinsamen Militäroperationen sowie die nationalen Beratungsmissionen wieder aufzunehmen», teilte das französische Verteidigungsministerium in einer Erklärung mit. Begründung: Terrorgefahr. Für Sicherheitsbelange setzt Frankreich seit 2014 (dem Jahr als in Mali islamistische Extremisten die Hauptstadt Bamako einzunehmen drohten) ca. 5000 Soldaten im Sahel ein, vor allem in Form von Spezialkräften im Einsatz gegen Terroristen. Im Juni dann ernannte Verteidigungsministerin Parly einen neuen Kommandanten für Barkhane, Dreisternegeneral Laurent Michon. Der Auftrag: die französischen Soldaten näher an die von der EU geführten Takuba-Mission heranzuführen. Den angekündigten schrittweisen Rückzug aus dem Sahel wird er indes noch nicht umsetzen. Bereits damals sagte man im Elysée: «Natürlich werden wir die Region nicht verlassen und den Kampf gegen den Terrorismus an der Seite unserer Partner fortsetzen. Allein die Herangehensweise soll geändert werden,» und meinte damit stärkere Zusammenarbeit. Ob die Befähigung der lokalen Sicherheitskräfte zielgerichtet ist, bleibt offen. Mit G5 Sahel, den EU-Trainingsmissionen und EU Capacity Building Missions, sowie der massiven UNO Mission in Mali, an der 29 Länder mit über 17 000 Soldaten, Polizisten und zivilem Personal teilnehmen, scheint das Betätigungsfeld für die Franzosen saturiert. Dennoch, militärische Ausbildung und Training, sowie die operative Unterstützung wird nun auch auf die Länder des Golfs von Guinea ausgeweitet. Es bleibt unklar, wer die Sicherheit dafür generieren wird. Macron meinte, das könne die EU übernehmen und schickte seinen Generalleutnant Laurent Kolodziej, aktueller Kommandeur des Eurocorps, vor. Der nannte sein Korps zwar nicht das ideale Werkzeug für einen robusten Barkhane-Ersatz. Immerhin sah er aber grosse Chancen darin, dass ein solcher Einsatz den sicherheitspolitischen Zusammenhalt der fünf so genannten

Franzosen verlassen Gao, Mali. Bild: euronews

«Framework Nations» (Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg und Spanien) stärken wird. Doch deren Begeisterung war mässig. Anzunehmen war darum, dass das Sicherheitsvakuum durch Russland und China gefüllt würde. Beide Länder kennen sich in der Region aus. Zuletzt hat Russland mit diversen Sahelstaaten militärische Unterstützung vereinbart. China unterstützt die UNO Militärmission in Mali mit hunderten von Blauhelmen und fokussiert sich insbesondere auf die Wirtschaftsförderung im Sahel. Dass Paris nun seine Meinung änderte, dürfte eine logische Schlussfolgerung aller Umstände und die einzig diplomatisch legitime Antwort auf den neuerlichen Putsch in der malischen Hauptstadt gewesen sein. Wo es vor wenigen Jahren monatlich noch etwa 20 «neutralisierte» islamistische Kämpfer gab, sind es heute in der Regel Hundert. Verteidigungsministerin Parly kommentierte die Kursänderung denn auch präzise: «Wir, die Europäer, haben eine kollektive Verantwortung, die Südflanke Europas zu sichern. Es ist von entscheidender Bedeutung, nicht zuzulassen, dass die Sahelzone und im weiteren Sinne Afrika zu einem Zufluchts- und Expansionsgebiet für diese Terrorgruppen wird.»

USA

Cyberland Nummer Eins

Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor die mit Abstand cyber-kompetenteste Nation der Welt und haben keine grossen Konkurrenten um diesen Titel. Das ist die Schlussfolgerung eines 182-seitigen Berichts, der von der britischen Denkfabrik «International Institute for Strategic Studies IISS» veröffentlicht wurde und die Cyber-Fähigkeiten von 15 der weltweit grössten Akteure im Bereich Hacking und digitale Verteidigung untersucht. Der Bericht bewertet sowohl die Fähigkeiten von Regierungen als auch die des privaten Sektors.

Der Bericht stuft Russland und China in eine zweite Kategorie von Cyber-Mächten ein. Zu dieser Gruppe gehören auch das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien, Israel und Frankreich.

Chinas rasante digitale Entwicklung und die wachsende Zahl von Technologiefirmen machen es jedoch «zum einzigen Staat, der sich derzeit auf dem Weg befindet, sich den USA in die erste Reihe der Cyber-Mächte anzuschliessen», warnen die Autoren.

Der Bericht stellt eine wichtige Bestätigung für die Cyber-Fähigkeiten der USA dar, die durch eine Reihe von grossen Cyber-Angriffen durch mit dem Kreml verbundene Hacker und Cyber-Kriminelle aus Russland in Frage gestellt wurden. Der Bericht kommt auch zu einem Zeitpunkt, an dem US-Beamte darum kämpfen, das globale Wachstum chinesischer Tech-Firmen einzudämmen, von denen sie befürchten, dass sie Peking einen entscheidenden Vorteil im Cyber-Wettbewerb verschaffen könnten.

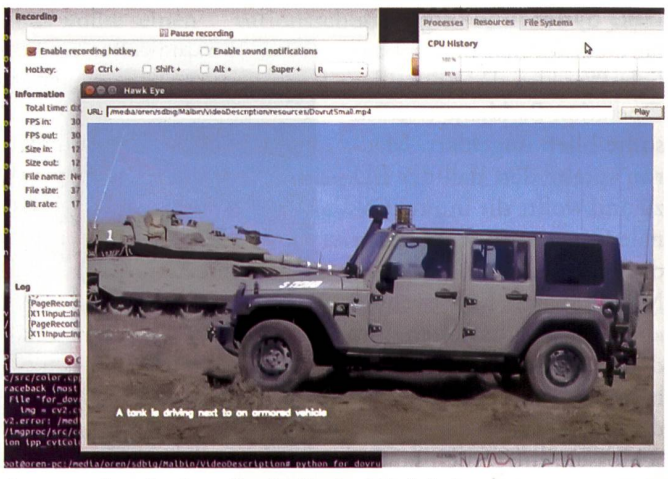
«China hat seit 2014 erhebliche Fortschritte beim Ausbau seiner Fähigkeiten gemacht, aber bei weitem nicht genug, um die Lücke zu den USA zu schliessen», sagte Greg Austin, IISS Senior Fellow für Cyber, Space and Future Conflict. «Der Hauptgrund dafür ist der relative Stand der digitalen Wirtschaft der beiden Nationen, wo die USA trotz Chinas digitalem Fortschritt weit voraus sind.»

Das IISS ordnet den Iran und Nordkorea in eine dritte Liga der Cyber-Fähigkeiten ein, zusammen mit Indien, Japan, Indonesien und Malaysia.

Israel

KI-Krieg

Die Gaza-Kampagne im Mai, englischer Deckname «Guardian of the Walls», wurde nicht nur mit konventionellen Mitteln ausgetragen. Während sich viele Streitkräfte immer noch mit dem Konzept der Network-Centric Warfare, der gesamtheitlichen Kriegsführung mittels vernetzter Sensor-, Wirkungs- und Führungsverbund schwertun (einem Konzept aus den 90er-Jahren), setzen die Israelis einmal mehr bereits auf zukünftige Technologien. Hunderte meist ungelenkte und ziellose Hamas-Raketen, im Zufallsprinzip aus Schulhöfen, Stadtkernen und anderen zivilen Objekten in Richtung Israel abgefeuert, brachten die Israel Defense Forces (IDF) mit Luftabwehrsystemen wie David's Sling und Iron Dome als Haupteffektoren nicht an den Anschlag. Neu ist nun, dass «zum ersten Mal Künstliche Intelligenz (KI) als eine Schlüsselkomponente und wesentlicher Kraftmultiplikator eingesetzt wurde», so das IDF Intelligence Corps. Es standen neue technische Entwicklungen mit modernsten Operationsmethoden zur Verfügung. Dazu wurde schon vor längerer Zeit eine zentrale Plattform zur Analyse und Verarbeitung von sämtlichen verfügbaren Informationen etabliert. Betreiberin: die Einheit 8200 die auf Kryptografie, elektronische Kriegsführung und Signals-Intelligence spezialisiert ist. Massgebend an der Entwicklung beteiligt war das «C4I and Cyber Defense Directorate», die Eliteeinheit der IDF im Bereich KI, die gemäss Pflichtenheft dafür geschaffen wurde, «den Kommandanten im Feld genau diejenige Technologie zu bieten die dort gebraucht wird». Deshalb wurden nun Algorithmen geschaffen, die mittels KI zur Verfügung stehende Rohdaten schneller und effektiver analysieren können. Beispielsweise wurden Satellitenbilder der letzten Jahre überprüft, um mittels KI-gesteuerter topographischer Analyse das weitreichende Hamas-Tunnelsystem zu erkennen und bekämpfen. Laut IDF wurden dabei nur die neuralgischen Punkte neutralisiert. Gerade so viele wie nötig, um die so genannte «Gaza-Metro» nachhaltig unbrauchbar zu machen. Die mit KI aufbereiteten «Targets» gingen deshalb nie aus und Kampfhandlungen konnten – infolge der hohen Qualität der Ziele – schneller als erwartet beendet werden. Im Gegenzug bescherte dies der Politik und Diplomatie die ständige Handlungsfreiheit. Für die Führung ist klar: Der



Computer beschreibt selbständig den Filminhalt. Bild: IDF

vernetzte Soldat war gestern, heute ist dieser Teil eines Big-Data-Schlachtfelds. Mit einem WhatsApp-ähnlichen digitalen sprachgesteuerten Chat Bot als militärischem Berater. Dieser wurde übrigens letztes Jahr eingeführt, so Oberstleutnant Nurit Cohen Inger, Chefin der Abteilung Sigma des C4I Direktorats. Die Datenrevolution fand bereits statt. «Nun gilt es, das alles nutzbar zu machen» und sie erklärt, dass es für die IDF drei Stufen von KI gibt. «Die deskriptive KI, bei der ein Computer den Kontext verstehen sowie Daten identifizieren und klassifizieren kann. Dann die prädiktive KI, bei der der Computer die Auswirkungen der Daten vorhersagt. Schliesslich die perspektivische KI, bei der der Computer auf der Grundlage seiner Vorhersagen intelligente Entscheidungen treffen kann.» Die IDF beherrscht momentan die erste Stufe und arbeitet bereits an den weiterführenden Möglichkeiten.

China

Wüste in Yumen. Bild: Planet/Center for Nonproliferation Studies

Raketensilos für Atomwaffen

Die USA sind über Chinas raschen Aufbau seiner Atomstreitkräfte besorgt. Wie der Sprecher des US-Aussenministeriums, Ned Price, auf einer Pressekonferenz mitteilte, weiche China offenbar von seiner jahrzehntelangen Nuklearstrategie ab. Bezugnehmend auf einen Bericht der «Washington Post» erklärte Price, dass Entwicklungen wie der von der Zeitung berichtete Bau von mehr als 100 neuen Raketensilos in einem Wüstengebiet im Westen des Landes darauf hindeute, dass das nukleare Arsenal schneller wachse als bisher angenommen.

«Diese Aufrüstung ist besorgniserregend. Sie wirft Fragen über die Absichten der Volksrepublik China auf», so Price. Man habe Peking aufgefordert über Massnahmen zu verhandeln, um die Risiken eines Wettrüstens zu verringern.

Das Gebiet mit den etwa 100 Baustellen erstreckt sich über Hunderte von Quadratkilometern trockenen Geländes in Chinas Provinz Gansu. Die 119 nahezu identischen Baustellen weisen Merkmale auf, die denen der bestehenden Startanlagen für Chinas Arsenal an ballistischen Raketen mit Atomsprengköpfen entsprechen.

China soll zwischen 250 und 350 Atomwaffen zur Verfügung haben. «Der Bauboom deutet auf eine grosse Anstrengung hin, um die Glaubwürdigkeit von Chinas nuklearer Abschreckung zu stärken», sagte der Forscher Jeffrey Lewis. Bei den Raketen handle es sich wahrscheinlich um die chinesische ICBM, bekannt als DF-41, die bis zu 15 000 Kilometer erreichen kann. Damit kann auch das Festland der USA als Ziel nicht ausgeschlossen werden.

Afghanistan

Das wars

Rechtzeitig zum 20 Jahrestag von 9/11 wird Biden seine Soldaten daheim haben. Am ersten Mai wurde dazu für sämtliche NATO-Truppen in Afghanistan zum Rückzug geblasen. Seither heisst es: aufräumen und zusammenpacken. Aus allen Teilen des Landes wird Ausrüstung zusammengekarrt. Und was nicht mehr benötigt wird, lassen die Alliierten vor Ort zerstören. So verliessen täglich 20 bis 30 Lastwagenladungen mit Abfall die Airbase Bagram, die einst als primäre Einflugschneise für den Kampf gegen die Taliban diente und anfangs Juli den lokalen Streitkräften übergeben wurde. Das Material, das sich Einheimische unter den Nagel reissen, sei – auch wenn mehr oder weniger nur noch Schrott – auch als solcher immer noch Millionen wert. Afghanistans Nationalarmee beklagt derweil, dass sie eigentlich der bessere Abnehmer gewesen wäre, auch wenn der US-amerikanische Budgetvorschlag zur Unterstützung der Streitkräfte für nächstes Jahr 3,3 Milliarden US-Dollar beträgt. Für die US Army ist aber klar, dass ihr ehemaliges Material in falsche Hände geraten könnte. Erst unlängst wurden zwei ehemalige US-Geländefahrzeuge entdeckt, die, weil nicht gänzlich zerstört, von den Taliban wieder zurechtgemacht und mit Sprengstoff versehen zur rollenden Bombe umfunktioniert wurden. Deshalb gilt die Order: Nichts soll ganz bleiben. So werden Zelte zerschnitten, Fitnessgeräte zerstört und gepanzerte Fahrzeuge, die allesamt noch voll funktionsfähig sind, der Schrottpresse zugeführt. Ein Schrotthändler fasst die letzten 20 Jahre kurz und bündig zusammen: «Zuerst zerstörten sie unser Land und nun geben sie uns ihren Abfall.» Den Taliban darf es recht sein, unzählige Städte haben sie unterdessen zurückerobert. Anfangs Juli kontrollierten sie bereits 50 der insgesamt 370 Regionen im Land. Der afghanischen Armee bleibt oft nichts anderes als Fahnenflucht. Kommandeure werden in der Regel vor ihrer Truppe exekutiert. Wer sich nicht den Taliban anschliesst, desertiert, mehrere tausend Soldaten sind auf diese Weise über die Grenzen ins Ausland geflüchtet. Mit der Einnahme von diversen Handelsstädten und Zollstationen haben die radikalen Islamisten nun direkten Zugang nach Zentralasien. Experten gehen deshalb davon aus, dass dies mittelfristig Russland wieder auf den Plan bringen dürfte. Entweder weil

Bagram-Schrottplatz. Bild: Ariana News Af

die Taliban ihren Einfluss in den Nachbarländern Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan verstärken wollen und dies durch Moskau verhindert wird. Oder aber, dass die Taliban direkt von Russland unterstützt werden, damit auf diese Weise Ruhe im Land einkehren kann. Massgebend in beiden Fällen wird die Haltung Pakistans bleiben, das sich unlängst gegen eine US-amerikanische Militärbasis im Land ausgesprochen hat.

Südkorea

USA und Südkorea üben den Schulterschluss

Die Vereinigten Staaten und Südkorea sind wegen des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms «sehr besorgt». Es müsse eine diplomatische Lösung geben, betonten US-Präsident Biden und sein südkoreanischer Kollege Moon.

In Gesprächen mit Pjöngjang wolle man versuchen, «die Spannungen zu verringern. Ziel sei eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel», sagte Biden. Er fügte allerdings hinzu: «Wir machen uns keine Illusionen darüber, wie schwierig das ist.»

Biden kündigte zudem die Ernennung eines Nordkorea-Gesandten an. Für den Posten ist der US-Diplomat Sung Kim vorgesehen. Der südkoreanische Präsident begrüsste bei seinem Besuch in Washington die Ernennung des Sondergesandten und den Willen der US-Regierung, sich auf diplomatischem Weg um die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu bemühen. Man wolle einen nachhaltigen Frieden erreichen.

Biden sicherte zu, den Kurs gegenüber Nordkorea eng mit Südkorea abzustimmen. Das «eiserne» Bündnis der Vereinigten Staaten mit Südkorea bezeichnete er als den «Dreh- und Angelpunkt für Frieden, Sicherheit und den Wohlstand» in der Region.

Zugleich beschlossen beide Staaten, noch bestehende Richtlinien bei der Raketenentwicklung aufzuheben. Moons Sicherheitsberater sprachen von einer Wiederherstellung der «Raketen-Souveränität». Wie Südkorea die Vereinbarung konkret umsetzen will, ist offen.

Die Richtlinien gingen auf ein Abkommen von 1979 zurück, wonach Südkorea die Reichweite seiner Raketen auf anfangs 180 Kilometer beschränken musste, um im Gegenzug Technik aus den USA zu beziehen. Angesichts des verschärften Konflikts um das Nuklearprogramm Nordkoreas wurden die Beschränkungen seither mehrfach gelockert.

Die USA und Südkorea wollen Pjöngjang zur Aufgabe seines Atomwaffenprogramms bewegen. Nordkorea ist deswegen internationalen Sanktionen unterworfen und diplomatisch weitgehend isoliert.

Das Treffen mit Moon war wegen der Corona-Pandemie erst der zweite Besuch eines ausländischen Staats- oder Regierungschefs im Weissen Haus seit Bidens Amtsantritt Ende Januar. Im April hatte Biden Japans Ministerpräsidenten Yoshihide Suga empfangen.

Bei Moons Besuch in Washington wurde auch eine umfangreiche Lieferung von Corona-Impfstoff vereinbart: Die USA stellen der Regierung in Seoul Impfdosen für das südkoreanische Militär zur Verfügung. Dabei gehe es um rund 550 000 Soldaten, sagte Biden. Dies sei auch im Interesse der US-Streitkräfte. Die Vereinigten Staaten haben in Südkorea Tausende Soldaten stationiert.

Japan

Cyber-Security-Einheiten aufstocken

Japans Verteidigungsministerium plant, sein Personal für Cyber-Sicherheit aufzustocken, auch durch die Einstellung von Mitarbeitern aus dem privaten Sektor, um mit immer ausgefeilteren Angriffen aus China, Russland und anderen Ländern fertig zu werden. Zum Ende des Fiskaljahres 2020 gab es etwa 660 solcher Mitarbeiter in den Selbstverteidigungsstreitkräften. Es ist geplant, diese Zahl bis zum Geschäftsjahr 2023 auf mehr als 1000 zu erhöhen.

Japanische Cyber-Einheiten.

Bei Cyber-Attacken handelt es sich traditionell um Computerviren, die in Netzwerke eindringen und Informationen stehlen, aber die Hacker sind in den letzten Jahren immer raffinierter geworden. Amerikanische und europäische Unternehmen bemühten sich anfangs Juli um die Eindämmung eines Ransomware-Angriffs, der das amerikanische Informationstechnologie-Unternehmen Kaseya traf. Dieser Angriff, der die schwedische Lebensmittelkette Coop dazu zwang, alle 800 Filialen zu schliessen, folgte auf einen ähnlichen Angriff auf einen US-Pipeline-Betreiber im Mai. Auch in Japan haben die Angriffe zugenommen.

Ein Angriff auf das Kommunikationsnetzwerk der japanischen Regierung könnte die Aktivitäten der in ganz Japan stationierten Einheiten stören oder stoppen. Auch könnten geheime Informationen, die die nationale Verteidigung betreffen, in die falschen Hände geraten. Solche Situationen hätten grosse Auswirkungen auf die nationale Sicherheit. Das Ministerium ist bestrebt, die Cyber-Abwehr sowohl quantitativ als auch qualitativ zu stärken.

Die 660 Cyber-Security-Mitarbeiter, die die gemeinsamen Systeme der gesamten Verteidigung sowie der Luft-, See- und Landstreitkräfte schützen, sollen bis zum Ende des laufenden Fiskaljahres, das im März 2022 endet, auf 800 erhöht werden. Eine Einheit, die die Cyber-Verteidigung beaufsichtigen wird, wird im Jahr 2022 durch die Konsolidierung von Einheiten für jeden Zweig starten, um die Effizienz zu verbessern.

Zu Beginn dieses Fiskaljahres wurde ein Cyber-Security-Kurs an der Ingenieurschule der Ground Self-Defense Force eingeführt. Dieser Kurs wurde entwickelt, um Cyber-Sicherheitspersonal auszubilden, indem Grundlagen wie Programmiersprachen vermittelt werden.

Das Verteidigungsministerium sucht auch nach externem Fachwissen, um sich gegen immer raffiniertere Angriffe zu wappnen. Zusätzlich sollen ausländische Experten mit fortgeschrittenen Kenntnissen und Fähigkeiten die japanischen Verteidigungseinheiten instruieren, wie man mit Cyber-Angriffen umgeht.

Japans Cyber-Fähigkeiten wurden von der britischen Denkfabrik «International Institute for Strategic Studies» als «Tier Three, dritte Liga», die niedrigste Stufe einer dreistufigen Skala, bewertet. Der Bericht wies auf Schwächen im Bereich der nationalen Sicherheit hin.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider